

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Ein Wort zum Beitrag des Handwerks
aus historischer Sicht

Von Dr. phil. Thomas Felleckner



60 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Ein Wort zum Beitrag des Handwerks aus historischer Sicht

Gefragt, warum Entwicklungsländer in Wirtschaftskrisen regelmäßig so viel härter getroffen werden als entwickelte Länder, gab der bekannte amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith die bildhafte Antwort,



Vulkaniseur-Lehrlinge in der Lüneburger Gewerbeschulungsanstalt Anfang der 60er Jahre

dass Volkswirtschaften mit Schiffen vergleichbar seien, die unterschiedlichen Tiefgang haben. Gerieten diese in Stürme,

würden die tiefer gehenden Schiffe, also die entwickelten Ökonomien, nur ordentlich durchgeschüttelt, wogegen die flach gehenden Schiffe, also die noch nicht entwickelten Ökonomien, häufig kentern würden. Als eine wesentliche Ursache für den größeren Tiefgang und die damit einhergehende größere Stabilität nannte Galbraith das breite bürgerlich-mittelständische Fundament der entwickelten Volkswirtschaften.

In der aktuellen Wirtschaftskrise wird besonders deutlich, worin der Beitrag des Handwerks und seiner Organisation an dem seit 60 Jahren andauernden Erfolgsmodell Bundesrepublik wirklich besteht. Es sind vor allem zwei Dinge: Sein Beitrag zur ökonomischen und sozialen Stabilität durch Qualifikation sowie seine Selbstverwaltung als Modell für eine wirkungsvolle Ordnungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet. Beide zusammen haben die Bundesrepublik maßgeblich geprägt und ihre Erfolge nach außen sowie ihre Akzeptanz nach innen erst möglich gemacht. Sie stellen auch heute eine solide Basis dar, die den Stürmen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise letztlich trotzen wird.

Beginnen wir mit dem ersten Punkt, der ökonomischen und sozialen Stabilität durch Qualifikation. Die Bundesrepublik war 1949 noch nicht viel mehr als ein Experiment mit unsicherem Ausgang. Außenpolitisch wurde ihr in Ost und West bestenfalls mit Misstrauen und Reserve begegnet. Aber auch innenpolitisch wurde sie von sehr vielen Deutschen abgelehnt, weil die

Gründung eines westdeutschen Teilstaats die Einheit Deutschlands auf unabsehbare Zeit verhindern musste. Das Grundgesetz war deshalb von seinen Schöpfern, den Vertretern der deutschen Länder, nur widerstrebend, auf Befehl der westlichen Besatzungsmächte, erarbeitet und dann auch ausdrücklich als Provisorium deklariert worden. Nachdem schon die Weimarer Republik in die Diktatur Hitlers gemündet hatte, glaubten Viele ohnehin nicht daran, dass Marktwirtschaft und Demokratie in Deutschland eine Zukunft haben würden. Auch vor dem Hintergrund von Millionen entwurzelter und heimatvertriebener Menschen in den Westzonen musste sich die Frage, ob die Bundesrepublik unter diesen Startbedingungen ein Erfolg werden würde, vor allem auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung entscheiden. Zwei wichtige Grundvoraussetzungen waren bereits 1948 mit der Währungsreform, die für Geldwertstabilität sorgte, und dem Marshallplan, der umfassende Infrastrukturinvestitionen ermöglichte, geschaffen worden. Nun musste sich zeigen, ob die Wirtschaft auch tatsächlich wieder in Gang kommen würde.

Dass sie es schneller und umfassender tat als irgendjemand erwartet hatte und dass in dem weitgehend zerstörten Land mit Millionen von Arbeitslosen schließlich das Wirtschaftswunder der Fünfziger Jahre mit Vollbeschäftigung und Massenwohlstand entstehen konnte, war zu erheblichem Teil das Verdienst des Handwerks. Vom ersten Tag an hatten die Handwerksbetriebe durch die Wiederaufnahme ihrer Arbeit und durch ihre Nachwuchsausbildung, die sie Jahr für Jahr steigerten, dafür gesorgt, dass nicht nur sie selbst, sondern auch alle anderen Wirtschaftsbranchen wieder über gut qualifiziertes Fachpersonal für den Wiederaufbau verfügen konnten. Es wird oft übersehen, dass es die Handwerksbetriebe waren, die in den ersten schweren Jahren die Hauptlast des Wiederaufbaus trugen und bewältigten und eben nicht die Industrie, die wesentlich länger brauchte, um wieder ihre normale Friedensproduktion aufnehmen zu können. Kleine und mittlere Handwerksbetriebe bildeten Millionen Menschen in der jungen Bundesrepublik aus und gaben ihnen qualifizierte und sichere Arbeit. Es waren Handwerksbetriebe, die nach 1949 das vom Krieg zerstörte Land, seine Städte und Fabriken wieder aufbauten und für das Heer der Vertriebenen eine neue Heimat schufen. Es waren auch hauptsächlich Handwerker, die später die Facharbeiter und technischen Führungskräfte in der Industrie stellten, die wieder Weltruf erhalten und das Gütesiegel „Made in

Germany“ zu neuen Ehren führen sollte. Das Handwerk hat im Laufe der 60 Jahre Bundesrepublik nie aufgehört, diese wesentlichen Leistungen für die Volkswirtschaft zu erbringen, sondern hat diese sogar kontinuierlich gesteigert. Weitaus stärker als andere Wirtschaftsbranchen engagiert sich das Handwerk in der beruflichen Erstausbildung, weitaus seltener als Unternehmen aus Industrie und Handel geraten Handwerksbetriebe in die Insolvenz. So bildet das Handwerk seit 1949 in der Bundesrepublik das Fundament des wirtschaftlichen Mittelstandes. Es hat damit entscheidend zur ökonomischen und sozialen Stabilität des Staates auch und gerade in Krisenzeiten beigetragen und tut dies auch weiterhin.

Der zweite wichtige Beitrag des Handwerks ist seine Selbstverwaltung als Modell für eine sinnvolle und effektive Ordnungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet. Auch in der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland war die Frage der künftigen Wirtschaftsordnung und Gewerbegesetzgebung bis in die 50er Jahre hinein ungeklärt. Die Vorzüge und Nachteile eines ordnungspolitischen Rahmens auf der einen und der Gewerbefreiheit auf der anderen Seite wurden von den Deutschen und von den Besatzungsmächten durchaus unterschiedlich bewertet. Die politische Diskussion über die künftige Handwerksgesetzgebung zog sich deshalb über drei lange Jahre hin, nämlich von 1950 bis 1953. Als der Deutsche Bundestag schließlich am 26. März 1953 das „Gesetz zur Ordnung des Deutschen Handwerks“ mit sämtlichen Stimmen der demokratischen Parteien verabschiedete, gab er nicht nur ein klares Bekenntnis zu den Leitmotiven des Handwerks ab, sondern bewies auch wirtschaftspolitischen Überblick und Gemeinwohlverantwortung. Denn das Handwerk kann seine bereits erwähnten volkswirtschaftlich notwendigen Leistungen nur erbringen, weil es auf festen ordnungspolitischen Säulen steht. Diese Säulen sind vor allem: Der Große Befähigungsnachweis als Berechtigung zur Führung eines Handwerksbetriebes, die Anerkennung der handwerklichen Berufsausbildung und -fortbildung mit den drei Stufen Lehrling, Geselle und Meister sowie die Bestätigung der Handwerkskammern als demokratisch organisierte Selbstverwaltungseinrichtungen in Form von Körperschaften öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft und Arbeitnehmermitbestimmung.

Und warum setzten sich die Befürworter der Handwerksordnung schließlich durch? Weil selbst die Vertreter der Gewerbefreiheit schließlich einsehen mussten,

dass sie Unrecht hatten. Geführt wurde der Beweis in der Praxis: Während in der britischen Besatzungszone seit Kriegsende ein Handwerksrecht galt, das der Handwerksordnung von 1953 bereits sehr nahe kam, herrschte in der US-amerikanischen Zone völlige Gewerbefreiheit. Eine damals von der obersten Wirtschaftsverwaltung der drei Westzonen durchgeführte Untersuchung kam zu dem Schluss, dass sich in der US-Zone von 1948 bis 1949 die wirtschaftlich bedingten Konkurse von Handwerksbetrieben nahezu verdoppelt hatten. Die wesentliche Ursache dafür lag in der mangelhaften Qualifikation vieler Betriebsinhaber, die häufig keinerlei Nachweis ihrer Sachkunde zu führen vermochten. Stark zugenommen hatten auch die Klagen der Bevölkerung über unzureichende Leistungen und Lieferungen des Handwerks sowie die Unfallanzeigen aus den Bau- und Ausbauhandwerken. Demgegenüber bewies das Handwerk in der britischen Zone, zu welchen Leistungen es unter den Bedingungen von Qualifikation und Selbstverwaltung in der Lage war.

Die Handwerksordnung von 1953, seitdem mehrfach modernisiert und reformiert, ist in ihren wesentlichen Zügen bis heute erhalten geblieben. Sie hat sich als ordnungspolitischer Rahmen für den Wirtschaftsbe-



Moderne Kfz-Ausbildung im Handwerk heute

reich bewährt, indem sie maßgeblich zur Schaffung und ständigen Erneuerung eines großen und qualifizierten Reservoirs von tech-

nischem Wissen und Können beigetragen hat, welches letztlich die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland garantiert. Es ist richtig, dass es sich bei der Organisation des Handwerks in seiner speziellen deutschen Form um ein weltweit einmaliges Modell handelt. Aber das ist die Bundesrepublik Deutschland auch. Und ein äußerst erfolgreiches dazu. Beide passen daher sehr gut zusammen.

Der Historiker und Politikwissenschaftler Dr. phil. Thomas Felleckner ist Abteilungsleiter im Bereich Fort- und Weiterbildung bei der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade.

Herausgeber Handwerkskammer
Braunschweig-Lüneburg-Stade
Friedenstraße 6
21335 Lüneburg
www.hwk-bls.de

Verantwortlich Diplom-Volkswirt Norbert Bünten
Hauptgeschäftsführer

Redaktion Diplom-Volkswirt Frank Ahlborn
Wirtschaftspolitik und Regionalmanagement
Telefon 04131 712-103
Fax 04131 712-201
ahlborn@hwk-bls.de

Standpunkte Ausgabe 01/2009 (Juli 2009)